Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WESTAFRIKA

Ecowas verurteilt Putschs

Der ausserordentliche Ecowas-Gipfel Anfang Februar sollte Klarheit schaffen. Dazu trafen sich die amtierenden Regierungschefs und Ministerpräsidenten der Mitgliedstaaten in Accra (Ghana), um die sich zusehend eskalierende Lage in einigen ihrer Länder zu diskutieren. Konkret ging es um Mali, Burkina Faso, Guinea, Guinea-Bissau und Gambia. Alle Länder erfuhren in den letzten Monaten Regierungswechsel oder Putschversuche. Die Region scheint sich zu destabilisieren, Demokratie und ordentliche Regierungsführung sind teils nicht mehr vorhanden. Entsprechend einigten sich die Vertreter der Ecowas-Mitgliedsstaaten unter der Leitung von Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, Präsident der Republik Ghana, auf diverse Massnahmen.

Der Bericht zur Beurteilung der politischen und sicherheitstechnischen Lage in Burkina Faso nach dem Staatsstreich im Januar wurde zur Kenntnis genommen und die entsendete Mission wird zeitlich verlängert. Es soll im Land angestrebt werden, so rasch als möglich zur verfassungsmässigen Ordnung zurückzukehren, der seit dem 24. Januar inhaftierte Präsident Roch Marc Christian Kabore sei bedingungslos freizulassen. Die Ecowas, in enger Absprache mit der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen, will diesbezüglich von Ougadougu einen konkreten Plan sehen, wie die dortige Militärjunta gedenkt, den Normalzustand im Land wiederherzustellen. Ein solcher «Übergangskalender» wurde seit September auch aus Conakry (Guinea) erwartet, wo seit nunmehr bald einem halben Jahr das Militär an der Macht ist. Und auch seitens Bamako (Mali) fehlt sämtlicher Wille, den eingeforderten Zeitplan für Wahlen zu liefern. Entsprechend sind die gegen die betroffenen Länder verhängten Sanktionen verlängert worden. Auch wurde beschlossen, dass Truppen zwecks Stabilisierung der Lage nach Guinea-Bissau entsendet werden. Dort scheiterte jüngst ein Putschversuch. Ferner wurde entschieden, die militärische und polizeiliche Ecowas-Komponente der Mission in Gambia beizubehalten. Sie dient ebenfalls der Festigung der Stabilität im Land.

Der ausserordentliche Gipfel in Ghana. Bild: Ecowas

MALI

Europäer drängen Mali auf Abzug der Wagner-Truppe

Ende Januar erklärte Viersternegeneral Stephen Townsend, Kommandant des U.S. Africa Commands, dass eine russische Söldnertruppe unverkennbar in Mali operiert. Es wird davon ausgegangen, dass die Regierung in Bamako monatlich ungefähr zehn Millionen US-Dollar an Wagner bezahlt, eine vom Kreml gesteuerte «private Sicherheitsfirma». Townsend stellt klar: «Die malischen Militärs leugnen die Präsenz Wagners weiterhin, aber unsere Informationen sind eindeutig. Wahrscheinlich werden die Rechnungen mit Gold und Edelsteinen bezahlt.» Denn er wisse nicht, so der General, wie dieses Subsahara-Land solche Summen anderweitig beschaffen könne.

Derweil warnte Frankreich die malische Junta ausdrücklich, sich weiter mit Wagner zu verständigen. Paris geht davon aus, dass es um etwa tausend russische Söldner gehe, die zusätzlich ins Land geholt werden sollen. In Mali wurde unterdessen der französische Botschafter zur Persona non grata erklärt und ausgewiesen. Nach neun Jahren Anti-Terrorkampf will Frankreich deshalb bis März entschieden haben, wie es mit den knapp 4000 französischen Soldaten im Land weitergehen soll. Gabriel Attal, französischer Regierungssprecher meinte dazu, dass Paris unterdessen «schrittweise die Segel gestrichen habe und dies auch weiterhin tun werde». Es läuft alles auf einen Abzug hinaus. Gleiches gilt für Dänemark, das die Franzosen mit 800 Soldaten in der Spezialmission «Takuba» im Kampf gegen Islamisten unterstützt. Trine Bramsen, dänische Verteidigungsministerin, meint: «Wir Europäer werden gemeinsam eine Entscheidung treffen, ob und wann unsere Truppen zurückgezogen werden, was unterdessen alleine vom guten Willen Bamakos abhängig ist.» Aus gleichen Gründen hat sich Norwegen nun entschieden, die geplante Entsendung einer Militäreinheit zur Bekämpfung von Terroristen in Mali abzublasen. Der norwegische Verteidigungsminister Odd Roger Enoksen dazu: «Es war nicht möglich, einen ausreichenden Rechtsrahmen mit Mali zu schaffen, der die Sicherheit unserer Soldaten gewährleistet.»

Vertreter der Azawad-Bewegung auf ihrem Flug nach Rom. Bild: imangahdien.com

Letztendlich wird ein Rückzug der Länder nicht von heute auf morgen geschehen, dies dauert mindestens ein halbes Jahr. Es steht auch nicht zur Debatte, die Task-Force «Takuba» ganz aufzulösen, es gibt aber unterdessen keinen «sicheren» Staat mehr in der weiteren Region, der Willens ist, die Truppen aufzunehmen. In jedem Fall würde der Rückzug die Last auf die verbleibende Uno-Mission (MINUSMA) mit ihren knapp 14 000 Soldaten und Polizisten zurücklassen. Ob diese einen gebührenden Schutz gegen den Terrorismus bieten könnten, ist jedoch mehr als fraglich, denn die MINUSMA gilt als die derzeit gefährlichste Peacekeeping-Operation weltweit. Unterdessen verständigte sich die Militärregierung Malis an einem Treffen mit aufständischen Gruppen aus dem Norden ihres Landes anfangs Februar in Rom auf die Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen. «Ziel dieses Unterfangens war es, die Unterzeichner des Abkommens, das aus dem letztjährigen Algier-Prozess hervorging, miteinander zu versöhnen», erklärte Mohamed Elmaouloud Ramadane, Sprecher der Azawad-Bewegung (ein Zusammenschluss von Toureg, Dschihadisten und arabischen Nationalisten).

AMERIKANISCHER KONTINENT

Russland droht den USA

Wie du mir, so ich dir: Russlands Regierende sind enttäuscht von den Verhandlungen mit dem Westen – und stellen bedrohliche Gedankenexperimente an. Zum Beispiel Truppenentsendungen nach Lateinamerika.

Die russische Regierung schliesst im Falle eines Scheiterns der Gespräche über verbindliche Sicherheitsgarantien für das Land die Stationierung seines Militärs auf Kuba und Venezuela nicht aus. «Ich möchte weder etwas bestätigen noch ausschliessen», sagte der russische Vize-Aussenminister Sergej Rjabkow auf eine entsprechende Frage im Sender RTVi. «Alles hängt von den Handlungen der amerikanischen Kollegen ab.»

Russland sieht sich von der Militärpräsenz der USA in Europa in seiner Sicherheit bedroht, fordert ein Ende der NATO-Osterweiterung und den Verzicht auf die Aufnahme der Ukraine. Zuletzt hatte schon Staatschef Wladimir Putin die Frage aufgeworfen, wie Washington reagieren würde, wenn Russland Militär in der Nähe der US-Grenze stationierte. Die Stationierung von Tausenden amerikanischen Soldaten in Osteuropa wird von Russland als aggressiver Akt gewertet.

Vertreter der 30 NATO-Staaten und Russlands hatten im Februar das erste Mal seit zweieinhalb Jahren Gespräche geführt – über den Ukraine-Konflikt und Sicherheitsgarantien. Russlands Regierung zeigte sich aber enttäuscht von den Verhandlungen. Vize-Aussenminister Rjabkow sagte der Agentur Interfax zufolge, es gebe vorerst keine neuen Gespräche mit den USA. Aussenminister Sergej Lawrow sprach von einer «ernsthaften Konfrontation auf der Weltbühne» und warf dem Westen eine «arrogante» Haltung vor. Die nächsten Schritte Russlands hingen von der Reaktion des Westens auf Moskaus Vorschläge ab.

USA

Der nächste Tanker der USAF soll ein Airbus sein

Airbus und Lockheed Martin wollen gemeinsam das nächste Tankflugzeug der US Air Force stellen – und damit Boeings KC-46A im Wettstreit um den Milliardendeal ausstechen. Der Kandidat dafür ist eine Spezialversion der A330 MRTT – gebaut und ausgestattet in den USA.

LMXT: Unter diesem Markenkürzel firmiert der gemeinsame Kandidat von Airbus und Lockheed Martin für den jüngsten Tanker-Wettbewerb der US Air Force. Die will ab 2029 die letzten dann noch fliegenden Oldtimer KC-135 und KC-10A endgültig in Rente schicken – und sie ist ganz offenbar der Ansicht, dass Konkurrenz das Geschäft belebt. Daher muss Boeing sich mit seiner KC-46A Pegasus im KC-Y genannten Wettbewerb erneut einem starken Gegner stellen, anstatt einfach durchzumarschieren. Und dieser Gegner ist fast derselbe wie vor gut zehn Jahren, als die KC-46A den damals ausgelobten KC-X-Wettbewerb nur höchst umstritten für sich entschied: der Airbus A330 MRTT alias LMXT.

Damals zogen Airbus und Partner Northrop Grumman gegen Boeing den Kürzeren. Der US-Hersteller aus Seattle wird bis zu 179 Pegasus-Tanker an die US Air Force liefern, wobei der Auftrag für das letzte Produktionslos für 2027 avisiert ist. Allerdings kämpft die auf der Boeing 767-200 basierende KC-46A nach wie vor mit massiven Problemen, für deren Lösung wohl noch viele Jahre ins Land ziehen. Airbus steigt daher im KC-Y-Programm wieder mit der A330 MRTT gegen die angeschlagene Pegasus in den Ring – hat sich dieses Mal jedoch mit dem US-Rüstungsriesen Lockheed Martin zusammengetan. Es geht um einen Auftrag für 140 bis 160 neue Tankflugzeuge.

Für die Neuauflage des Duells hat sich Airbus aber auch anderweitig gerüstet: Seit 2015 betreiben die Europäer mit dem Airbus-Werk in Mobile (Alabama) eine eigene Endmontagelinie in den USA. Dort rollen bislang

A330 MRTT. Bild: Airbus

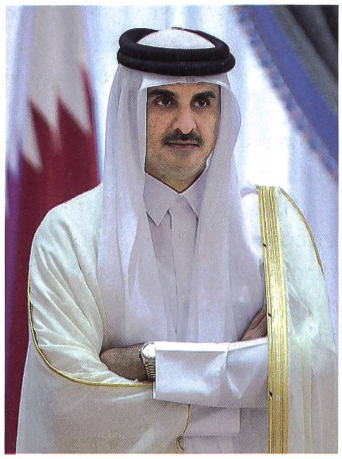
zwar mit den Mustern A220 und A320 nur kleinere Airliner aus der Halle. Doch das soll sich bei einem Zuschlag im KC-Y-Wettbewerb ändern: Wie Lockheed Martin nun mitteilte, sollen die für die Air Force eingeplanten A330 allesamt in Mobile gebaut werden. Für ihre spätere Aufgabe als Tanker und Transportflugzeuge kommen sie dann ins Lockheed-Martin-Werk in Marietta (Georgia), wo sie militärische Ausrüstung erhalten – und damit zu A330 MRTT (beziehungsweise LMXT) mutieren. Damit sei klargestellt, dass der LMXT «in Amerika von Amerikanern für Amerikaner gebaut wird», wie Lockheed-Martin-Chef James Taiclet unterstreicht. Der Heimvorteil, mit dem Boeing früher noch für die KC-46A argumentieren konnte, wäre damit egalisiert.

Ansonsten führt Lockheed Martin für den Airbus-Tanker zahlreiche technische Vorteile ins Feld, die teilweise schon aus früheren Tankerwettbewerben bekannt sind. So besitze der LMXT gegenüber der KC-46A eine erheblich verbesserte Reichweite und rund 30 Prozent mehr Treibstoffkapazität. «Aufbauend auf dem kampferprobten Design des Airbus A330 Multi Role Tanker Transport (MRTT)» nutze der LMXT ausserdem «eine bewährte Flugzeugzelle mit ausgeprägten Fähigkeiten», die auf der ganzen Welt bereits im Einsatz stehe, heisst es seitens Lockheed Martin. Dazu kämen zahlreiche neue Features, wie etwa das weltweit erste vollautomatische Boom-Betankungssystem (A3R). Zum Einbau kommen ferner JADC2-Systeme mit offener Systemarchitektur sowie ein Multi-Domain-Operationsknoten, der den LMXT laut Lockheed Martin mit anderen Akteuren auf dem Gefechtsfeld vernetzt und das Situationsbewusstsein an Bord erhöht.

USA

USA stufen Katar höher ein

US-Präsident Joe Biden will Katar offiziell als wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten einstufen. Dies kündigte Biden kürzlich bei einem Treffen mit dem Emir des Landes am Persischen Golf, Scheich Tamim bin Hamad al-Thani, im Weissen Haus an. Dies spiegle die Bedeutung der Beziehungen beider Länder wider. Katar sei ein guter Freund und verlässlicher Partner.



Der katarische Emir Sheikh Tamim bin Hamad Al Thani. Bild: Wikimedia

Der Status als wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter gibt Staaten, die nicht der Militärallianz angehören, unter anderem vereinfachten Zugang zu US-Rüstungsgütern. Die USA haben zum Beispiel Israel, Brasilien, Ägypten, Australien, Neuseeland, Südkorea, Japan und Argentinien so eingestuft.

Der Präsident muss den Kongress vorab über eine solche Einstufung informieren, was Biden nun auch tun will. Katar hatte im vergangenen Sommer beim Evakuierungseinsatz ausländischer Bürger und einheimischer Helfer aus Afghanistan eine wesentliche Rolle gespielt. Das US-Militär unterhält dort einen grösseren Stützpunkt, der als Drehkreuz diente.

ASIEN / AFRIKA

Welche Länder kaufen russische Waffen?

Im Jahr 2021 verkaufte Russland Waffen im Wert von 55 Milliarden US-Dollar, darunter Flugzeuge, Luftabwehrsysteme und Gewehre. Dies sind die wichtigsten Geschäfte, die in der Öffentlichkeit bekannt wurden.

Die grössten Schlagzeilen machte ein 590 Millionen US-Dollar schwerer Deal zwischen dem indischen Militär und dem Kalaschnikow-Konzern. In Korva, im Bundesstaat Uttar Pradesh, möchte der russische Rüstungskonzern eine Produktionsanlage für das Gewehr AK-203 aufbauen. Allein für das indische Militär sollen dort rund 670 000 Gewehre im Wert von je 958 Dollar produziert werden.

Die AK-207 ist speziell auf die Bedürfnisse der indischen Armee ausgelegt. Betrieben wird sie mit Mittelpatronen des Kalibers 7,62 × 39 mm. Im Vergleich zum Vorgängermodell wurden zudem die Ergonomie und die Schussgenauigkeit verbessert. Alle von den indischen Streitkräften verwendeten Visiere, Griffe und Leuchten können an das Gewehr angeschlossen werden. Die Waffe ist zudem so gestaltet, dass Schalldämpfer sehr leicht eingebaut und ausgetauscht werden können.

Indien bleibt somit einer der wichtigsten Kunden der russischen Rüstungsindustrie. Schon 2018 hatte das südasiatische Land als erster ausländischer Kunde Luftabwehrsysteme des Typs S-400 in Russland bestellt. Dieses Jahr beginnt die Auslieferung.

2021 verkaufte Russland Waffen im Wert von 1,7 Milliarden US-Dollar in insgesamt 17 afrikanische Länder. Die für Waffenexporte verantwortliche Firma Rosoboronexport veröffentlicht zwar keine genauen Informationen über Kunden und gelieferte Waffensysteme, teilte aber mit, dass darunter Helikopter, Luftabwehrsysteme, Kriegsschiffe und Marineausrüstung, bewaffnete Fahrzeuge sowie Schusswaffen für Armeen und Polizeibehörden waren.

Da Waffenexporte seit Frühjahr 2021 als Staatsgeheimnisse gelten, kann man – solange keine Informationen an ausländische Medien durchsickern – nur schätzen, welche Systeme genau verkauft wurden.

Auch im Mittleren Osten machte die russische Waffenindustrie gute Geschäfte (insgesamt 1,3 Mrd. USD mit Erweiterungsoptionen auf insgesamt 2,5 Mrd. USD). Auf den dortigen Messen wurden unter anderem einmotorige Kampfjets der fünften Generation (Typ «Schachmatt»), der Mittelstreckenflieger MC-21 sowie Kampfdrohnen präsentiert.

Trotz der Sanktionen verkaufte Russland nie mehr Munition in die Vereinigten Staaten als 2021. Daten der US-Statistikbehörde zufolge importierten amerikanische Firmen in den ersten zehn Monaten des Jahres Munition für Kleinfeuerwaffen im Wert von 157,9 Millionen Dollar aus Russland. Das würde zum Beispiel für 7,7 Millionen Ladungen für AK-Karabinergewehre reichen.

Pascal Kohler, Henrique Schneider